ausschließlich vom Einzelhandelskauf bzw. von den Dienstleistungen für Bürger ausgegangen worden sei.

Prof. Dr. Schumann (Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“) bezeichnete das ZGB als das zivilrechtliche Grundgesetz, das in allen seinen Teilen des Schuldrechts schwerpunktmäßig Ware-Geld-Beziehungen regelt. Natürlich gebe es kein chemisch reines Gesetz. Er wende sich jedoch gegen die Tendenz, möglichst viel Wirtschaftsverwaltungsrecht in das Zivilrecht hineinzudrängen. Audi die Bezeichnung der Sondergesetzgebung als *lex specialis* sei bedenklich, denn diese nehme dann gegenüber dem ZGB den Vorrang ein. Bei den Diskussionen über das Verhältnis von Zivilrecht und Staatsrecht hätten offenbar die sowjetischen Ordnungen über bestimmte Lieferbeziehungen eine große Rolle gespielt. Man müsse aber den Charakter dieser Ordnungen näher untersuchen, die schon vor Erlass des sowjetischen Grundlagengesetzes ergangen und durch die Notwendigkeit der Sicherung eines einheitlichen Ablaufs der Wirtschaft in der UdSSR bei gewissen Unterschieden in der Republikgesetzgebung bestimmt gewesen seien. Ein wesentliches Ergebnis der Diskussion sei es, daß die Mehrheit der Grundkommission für das ZGB den Gedanken einer bloßen Rahmengesetzgebung für Wirtschaftsverträge, die dann in einer umfassenden Sondergesetzgebung sämtlich erst weiter ausgestaltet werden müßten, abgelehnt habe.

Vor der Zusammenfassung des Ergebnisses der Diskussion machte der Minister der Justiz, Dr. Hilde Benjamin, noch einmal darauf aufmerksam, daß es hier um eine grundlegende methodische Frage der Zivilgesetzgebung gehe, nämlich darum, Klarheit darüber zu schaffen, wie weit der Anleitungscharakter des ZGB reiche und inwieweit Ergänzungen außerhalb desselben notwendig seien. Zwei Aufgaben müßten richtig miteinander verbunden werden: erstens die prinzipielle Arbeit am ZGB zu leisten, und zweitens, die schon vor fast einem Jahr erhobene Forderung nach einer raschen Überarbeitung des geltenden Vertragsgesetzes zu erfüllen. Diese Arbeiten am Vertragsgesetz müßten mit der Zivilgesetzgebung verzahnt werden; der sachliche Zusammenhang der Arbeiten werde sich ergeben, sobald die Einzelheiten der Überarbeitung des Vertragsgesetzes in Angriff genommen seien. Zu gegebener Zeit müsse dann die Frage gestellt werden, was bei Inkrafttreten des ZGB aus dem überarbeiteten Vertragsgesetz werde. Für die Zivilgesetzgebung kämen wir jedoch nicht darum herum, schon heute die Hauptrichtung festzulegen. Mit Halbheiten könne man nicht arbeiten. Wir stünden zwar vor der Notwendigkeit der raschen Überarbeitung des Vertragsgesetzes, aber diese Vorabregelung dürfe auf keinen Fall im Sinne eines Vorgriffes auf das ZGB verstanden werden, wenn auch die mit der Überarbeitung des Vertragsgesetzes verbundene Untersuchung der praktischen Verhältnisse von erheblicher Bedeutung für die Arbeiten am ZGB sei. Die Blickrichtung für das ZGB müsse dabei stets im Auge behalten werden, ob nämlich eine bestimmte Regelung des Vertragsgesetzes in der einheitlichen Zivilgesetzgebung Aufnahme finden könne. Komme man dabei zu dem Ergebnis, daß ein bestimmter Vertragstyp außerhalb des ZGB geregelt werden solle, dann müßten die Gründe dafür ausführlich dargelegt werden.

Das Ergebnis der Diskussion wurde danach in folgenden Grundsätzen für die weitere Arbeit am Schuldrecht des ZGB zusammengefaßt:

1. Das Zivilgesetzbuch der DDR nimmt alle wesentlichen Vermögensverhältnisse der Wirtschaftsorganisationen und Bürger in unmittelbar rechtsverbindlichen Hauptformen der Ware-Geld-Beziehungen auf.

2. Es enthält hinsichtlich der Kooperationsbeziehungen der Wirtschaft keine Rahmenbestimmungen, sondern ist unmittelbar geltendes Recht als stabile zivilrechtliche Grundregelung für die mit dem VI. Parteitag eingeleitete vor uns stehende Periode des umfassenden sozialistischen Aufbaus. Die Ausarbeitung der Wirtschaftsverträge hat darzulegen, daß sie ihre Grundlagen im Plan hat und seiner Durchsetzung dient, ohne jedoch planmethodische und plantechische Regelungen aufzunehmen.
3. Unter Beachtung der längeren Gültigkeitsdauer des ZGB ist für die Wirtschaftsverträge das Allgemeingültige herauszuarbeiten. Die schöpferische Anwendung dieser Vertragsgrundtypen zur Lösung der ökonomischen Aufgaben muß gewährleistet sein.
4. Jede weitere Gesetzgebung, die zivilrechtliche Elemente enthält, hat ihre Grundlage im ZGB.
5. Bei den weiteren Arbeiten am ZGB ist nicht Kurs darauf zu nehmen, möglichst viel aus dem ZGB auszuklammern und einer Sondergesetzgebung vorzubehalten; im Gegenteil ist für jede Sonderregelung außerhalb des ZGB begründet darzulegen, warum die Bestimmungen des ZGB nicht ausreichen und die Ergänzung außerhalb des ZGB vorgeschlagen wird.

Als 6. Punkt wurde entsprechend einer Anregung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Zentralen Staatlichen Vertragsgerichts, Dr. Klinger, beschlossen, daß die Unterkommissionen die Ergebnisse, die bei der beschleunigten Überarbeitung des Vertragsgesetzes erzielt werden, in ihrer weiteren Arbeit auszuwerten haben, wie auch umgekehrt bei der Überarbeitung des Vertragsgesetzes die bisherigen Erfahrungen der Zivilgesetzgebung berücksichtigt und Vertreter der ZGB-Unterkommissionen hinzugezogen werden sollten.

Auf der Grundlage dieses Beratungsergebnisses beriet die Grundkommission Fragen des Aufbaus und der Gliederung des Besonderen Teils des Schuldrechts im ZGB.

Im ersten Teil, der die *Veräußerungsverträge* umfaßt, sollen Kaufvertrag, Liefervertrag und Verträge über die Produktion und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse als Grundtypen geregelt werden. Die bisherige weitestgehende Beschränkung des Kaufrechts auf den Einzelhandelskaufvertrag soll entfallen, was jedoch nicht ausschließt, daß in dem Abschnitt auch die Besonderheiten des Einzelhandelskaufvertrages berücksichtigt werden.

Der zweite Teil behandelt alle *Nutzungsverträge*, und zwar mit den Vertragsgrundtypen Wohnungsmietvertrag, Mietvertrag über bewegliche Sachen und Pachtvertrag. Inwieweit bei der Miete beweglicher Sachen zwischen produktiver und konsumtiver Nutzung zu unterscheiden ist, was insbesondere die Vertreter des Instituts für Zivilrecht der Martin-Luther-Universität Halle befürworteten, und inwieweit hier auch der Lizenzvertrag — als Grundform der vertraglichen Nutzung eines Rechts — aufzunehmen ist, bedarf noch näherer Untersuchungen.

Der dritte Teil steht im Zeichen einer in ihrem Anwendungsbereich außerordentlich weit gespannten Regelung der Grundform des *Werkvertrags*. Im Anschluß an diesen sollen neben besonderen Arten von Werkverträgen, wie z. B. dem Bearbeitungsvertrag, auch eine Reihe von Geschäftsbesorgungsverträgen geregelt werden, u. a. ein Vertrag über Vermittlungsdienste.